

Wolfgang Hoss

Beitrag zur Ökonomie-Debatte der Initiative für Praxisphilosophie im Anschluß an "Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft" von Horst Müller.

Mit großem Interesse habe ich im Internet die Schrift "Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft" von Horst Müller gelesen (Internet-Adresse <http://www.praxisphilosophie.de/kapsozwi.doc>. Vorbemerkungen zur Eröffnung der Debatte <http://www.praxisphilosophie.de/oekodisk.htm>). Endlich findet man eine wissenschaftliche Arbeit, die sich mit den Kernproblemen der zukünftigen Ökonomie jenseits der veralteten kapitalistischen Ökonomie, jenseits des alten Wertgesetzes beschäftigt. In dem Horst Müller die Sektoren "industrielle Warenwirtschaft" und "sozialwirtschaftliche Dienste" in den Fokus der Betrachtungen rückt und die Beziehungen zwischen diesen Sektoren auf Basis einer neuen, an Marxens Vorgabe orientierten Wertbildung analysiert, zeigt er den Weg, der aus der drückenden Aussichtslosigkeit der alten Ökonomie herausführen kann. Natürlich nicht allein die oben genannte Sektorenbildung führt zu neuen erfolgversprechenden Ansätzen, sondern wesentlich sind ganz bestimmte grundlegende Änderungen der Beziehungen zwischen diesen Sektoren. Der Staatssektor nach der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung repräsentiert die Gesamtheit aller Institutionen und Einrichtungen der Volkswirtschaft, die ihre Erzeugnisse und/oder Dienstleistungen **nicht verkaufen**. Der Staat ist also im System der heutigen amtlichen Statistik als nicht warenproduzierender Sektor definiert. Er wird finanziert durch Steuern und Abgaben, deren Quelle Einnahmen aus Produktverkäufen sind, die nur im warenproduzierenden Sektor anfallen.

Alle Wirtschaftseinheiten, die ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen **verkaufen** und damit warenproduzierende Einheiten darstellen, zählen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum Unternehmensektor. Der Begriff

"sozialwirtschaftliche Dienste" ist damit Synonym zum Begriff "Staatssektor" und der Begriff "industrielle Warenwirtschaft" Synonym zum Begriff "Unternehmensektor".

Mit diesen Definitionen ergibt sich also zunächst noch nichts Neues. Aber die Finanzflüsse zwischen den Sektoren Unternehmen und Staat können so verändert werden, daß ganz andere, sozial gerechte und ökonomisch überlegende Verhältnisse entstehen, vorausgesetzt die Eigentumsverhältnisse und die Wert- und Preisbildung werden in ganz bestimmter Art und Weise verändert. Die Wert- und Preisbildung im kapitalistischen System, erstens, die Bildung des wertgleichen Preises, zweitens, das Schwanken des Marktpreises um den Wert in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, und drittens, die Geldwertbildung im System der Edelmetallwährungen und der heutigen edelmetallungebundenen Währungen habe ich im Manuskript "Band 1, Von der kapitalistischen zur sozialistischen Marktwirtschaft, Grundwidersprüche der kapitalistischen Marktwirtschaft, Theorie der langen Konjunkturzyklen (Kondratieffwellen)" im Zusammenhang mit einer ganzheitlichen marxistischen Kapitalismusanalyse (600 Seiten) ausführlich behandelt. Im Manuskript "Band 2, Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft" (170 Seiten) folgt eine Beschreibung der Wert- und Preisbildung in der sozialistischen Wirtschaft (Sozialwirtschaft). An dieser Stelle sei nur soviel gesagt:

Nach Marxens Vorgabe soll in der sozialistischen Wirtschaft nicht mehr die gesellschaftlich durchschnittlich zur Herstellung des Produkts notwendige Arbeitszeit, sondern die individuell aufgewandte gesellschaftliche Arbeitszeit den Wert des Produkts bestimmen (individueller Wert anstelle des Warenwerts). Da kein Zweifel besteht, daß die Geldwirtschaft in naher Zukunft beibehalten werden muß, muß im marxistischen System die individuell aufgewandte Arbeitszeit logischer Weise auch im Geldmaß dargestellt werden. Im Geldmaß setzt sich der individuelle Wert Y des Produkts aus den individuellen betrieblichen Kosten $C_K = C_C + C_V$ (Produktionsmittelkosten

C_C und Lohnkosten C_V) und einem für die Deckung der Kosten des Staatssektors notwendigen anteiligen Aufschlag ST zusammen. Für den individuellen Wert Y des sozialistischen Produkts gilt damit $Y = C_C + C_V + ST$ bzw. $Y = C_K + ST$. Wenn die Gesamtkosten C_K des Unternehmensektors, also des warenproduzierenden Sektors, z.B. $C_K = 4000$ Mrd.DM betragen haben, und wenn zur Finanzierung des Staatssektors einschließlich soziale Sicherungssysteme $ST = 1000$ Mrd.DM erforderlich waren, dann kann ein Aufschlagsatz auf die Kosten von

$$st' = \frac{ST}{C_K} = \frac{1000 \text{ Mrd.DM}}{4000 \text{ Mrd.DM}} = 0,25 = 25 \% \text{ berechnet werden. Der Aufschlagsatz}$$

auf die betrieblichen Kosten st' kann also so bemessen werden, daß auch die Kosten des Staatssektors bzw. des Sektors sozialwirtschaftliche Dienste vollständig gedeckt werden können. Es bietet sich daher an, jedem sozialistischen Betrieb bei der Preisberechnung einen einheitlichen Kostenaufschlagsatz st' in dieser Höhe vorzuschreiben, so daß der Preis in jedem Fall nach der Formel $Y = C_K + ST = C_K \cdot (1 + st')$ berechnet werden muß. Der Preis wird in diesem neuen Wertbildungssystem also durch die individuellen betrieblichen Kosten C_K und die anteiligen Kosten des Staatssektors (sozialwirtschaftliche Dienste) ST bzw. durch den einheitlichen Kostenaufschlagsatz st' bestimmt. Ein sozialistischer Betrieb, der das gleiche Produkt mit höheren Kosten produziert, muß es zum entsprechend höheren Preis verkaufen. Der Preis darf solange nicht geändert werden, solange die betrieblichen Stückkosten sich nicht ändern. Der Preis des Produkts darf also prinzipiell nicht mehr in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage verändert werden.

Auf den ersten Blick scheint eine solche Wert- und Preisbildung durch die individuellen Kosten ein Unding zu sein, bei näherer Betrachtung aber zeigt sich das genaue Gegenteil, nämlich eine klare Überlegenheit, dies allerdings nur auf einer neuen Eigentumsgrundlage und einer grundlegend veränderten ökonomischen Zielsetzung. Im kapitalistischen System gilt für

den Wert des Produkts $W = C_c + C_v + ST + M$. Das Symbol C_v bezeichnet hierin die Nettolohnkosten und das Symbol M den Nettogewinn. In der Sozialwirtschaft hingegen gilt $Y = C_c + C_v + ST$, d.h. im neuen Wertbildungssystem fällt der Gewinn M , also ein Einkommen für Kapitalbesitzer, prinzipiell nicht mehr an. Der Aufschlag ST auf die betrieblichen Kosten C_K deckt die Kosten des Staatssektors, einschließlich soziale Sicherungssysteme. Mehr ist in der sozialistischen Wirtschaft nicht nötig. Ein Profit bzw. ein Einkommen für Kapitalbesitzer ist völlig überflüssig.

Damit allerdings kann Gewinn- bzw. Profitrealisierung nicht mehr Ziel der sozialistischen Betriebe sein. Anstelle des Profit- bzw. Gewinnziels muß die Steigerung der Arbeitsproduktivität direkt zum Grundziel der Produktion erhoben und vergütet werden. Das Ziel "Bereicherung des Kapitalbesitzers durch Profitmaximierung" muß durch das Ziel "Bereicherung des Betriebskollektivs durch Lohnmaximierung" ersetzt werden, wobei dem sozialistischen Betrieb - über den spezifischen Leistungslohn hinaus - eine um so höhere Leistungsprämie gewährt werden sollte, um so höher er die Arbeitsproduktivität im abgelaufenen Jahr gesteigert hat. Mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität sinken, bei konstantem Geldwert, allgemein die Preise in der Volkswirtschaft, und damit steigern die Arbeiter und Angestellten in gemeinschaftlicher Arbeit ihren Reallohn bei gleichem Nominallohn. Reallohnmaximierung durch Steigerung der Arbeitsproduktivität ersetzt also das Ziel Profitmaximierung. Betriebskollektive, welche die Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich gesteigert haben, erhalten, wie gesagt, reichlich bemessene Prämien, die ihren Reallohn direkt für ihre eigenen Leistungen erhöhen, und zusätzlich steigt ihr Reallohn durch Steigerung der Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft, weil dadurch die Preise allgemein sinken. Voraussetzung für sinkende Preise bei steigender Arbeitsproduktivität ist das Konstanthalten des marxistisch bestimmten Geldwerts, was in der

Sozialwirtschaft kein Problem ist (Beweis siehe Band 2, Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft).

Die Messung der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist zwar ein Problem, aber meines Erachtens läßt sich zeigen, daß es durchaus möglich ist, sie in einfacher praktikabler Weise allgemein zwischen den Betrieben vergleichbar zu messen, wenn nur die ausgetretenen Pfade verlassen werden. (Siehe Band 2, Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft, Abschnitt 6. Maß der Leistung des sozialistischen Betriebskollektivs).

Wenn die Steigerung der Arbeitsproduktivität direkt gemessen und als Haupterfolgsmaß der Betriebe belohnt wird, dann ist der Umweg über das Profitsystem als Triebkraft zur Steigerung der Arbeitsproduktivität überflüssig. In vielen Fällen dürfte der direkte Anreiz zur Steigerung der Arbeitsproduktivität dem Profitsystem sogar klar überlegen sein. Der Profit kann stark steigen zum Beispiel infolge von Preisabsprachen, oder infolge von Lohndrückereien, oder infolge von Beeinflussungen von Politikern und Beamten für den Griff in die Staatskasse, ohne daß die Arbeitsproduktivität steigt, bzw. ohne daß irgend welche Verbesserungen in den Produktionsstrukturen und Prozessen realisiert wurden. Profitmaximierung ist das Grundziel der kapitalistischen Produktion, und nicht maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Das Niveau der Arbeitsproduktivität und das Tempo ihrer Steigerung sind entscheidend im Kampf zwischen den ökonomischen Systemen. In der Sozialwirtschaft kommt es also darauf an, Methoden zur direkten Messung der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu finden, und Erfolge der Betriebe in dieser Hinsicht reichlich zu belohnen.

Auf Basis der neuen Wert- und Preisbildung fällt, wie gesagt, prinzipiell kein Gewinn oder Profit für Kapitalbesitzer mehr an. Das kapitalistische Eigentum muß daher durch gesellschaftliches Eigentum, speziell durch

genossenschaftliches bzw. betriebskollektives Eigentum an den Produktionsmitteln nach Marxens Vorgabe ersetzt werden. Marx sagt in "Der Bürgerkrieg in Frankreich", also in seiner Analyse der Pariser Kommune":

"Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweitens Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll - was wäre das andere, meine Herren, als der Kommunismus, der "mögliche" Kommunismus." (Marx, Engels, Werke, Bd.17, S.339 und 343).

Also nicht der Staat, sondern die Betriebskollektive (Genossenschaften) sollen Eigentümer der Produktionsmittel werden, bzw. die sozialistischen Betriebe sollen nach Marxens Vorgabe insgesamt im wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsrecht als freie, sich selbst regierende (autonome) Wirtschaftseinheiten konstituiert werden.

Andererseits ist es in der sozialistischen Wirtschaft möglich und ökonomisch überaus vorteilhaft die gesamten Einnahmen der Betriebe aus Produktverkäufen zunächst einer volkswirtschaftlichen Zentrale zu übereignen, bzw. zunächst vollständig auf gesellschaftlichen Konten gutzuschreiben. Die sozialistischen Betriebe erhalten in diesem System keinen Pfennig und keinen Cent aus dem Verkauf ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen, sondern die Volkswirtschaftliche Zentrale teilt nicht zu großen und nicht zu kleinen Vereinigungen sozialistischer Unternehmen **VSU** (sozialistische Konzerne, Kombinate, Genossenschaftsvereinigungen) nach

einem volkswirtschaftlichen Plan jeweils nur eine Globalsumme zu, ganz ohne Vorgaben zu den Produktionsprogrammen oder zu anderen Einzelheiten, jedoch mit der allgemeinen Maßgabe, daß die Unternehmenvereinigungen und ihre Betriebe ihre Produktionspläne konsequent und allein an der zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt ausrichten müssen. Die sozialistischen Betriebe wiederum erhalten ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne nach dem Plan ihrer Unternehmenvereinigung VSU (ihres Konzerns), ebenfalls ohne Vorgaben des Staates zu den Produktionsprogrammen und zur Verwendung der Gelder. Damit gewinnen die Betriebe freie Hand zur Produktionsplanung entsprechend der Nachfrage auf dem Markt. Die Befriedigung der Nachfrage auf dem Markt wird, außer dem Ziel "maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität", zum zweiten Grundziel der sozialistischen Produktion erhoben. Optimale Nachfragebefriedigung und maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit Steigerung der Wohlfahrt aller Mitglieder des Gemeinwesens werden direkte Grundziele ihrer wirtschaftlichen Aktivität.

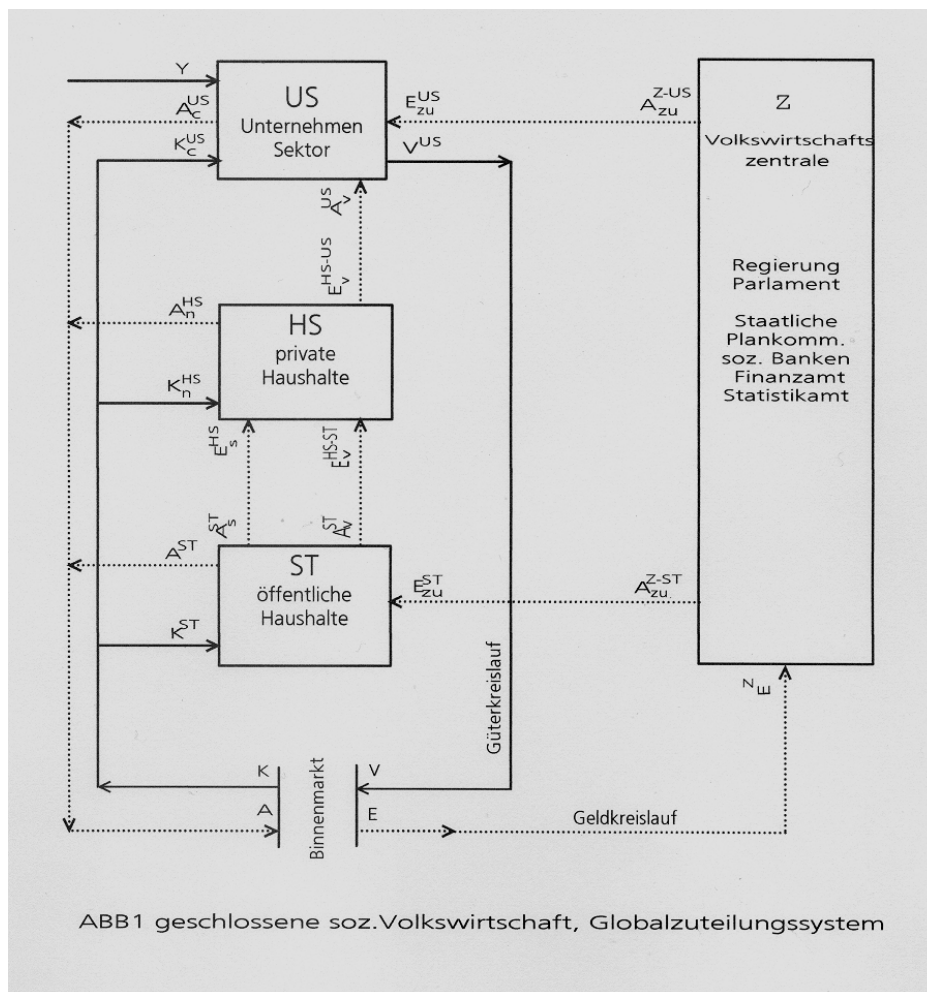
Aufgabe der volkswirtschaftlichen Zentrale in der Sozialwirtschaft ist es erstens, dem sozialistischen Unternehmensektor und seinen Konzernen finanzielle Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne als Globalbeträge planmäßig zuzuteilen, und zweitens, eine Globalsumme für den kommunalen Sektor bzw. für kommunale Verbände und für die sozialen Sicherungssysteme festzulegen. Damit wird das Volkseigentum in Geldform insgesamt planmäßig verteilt. Trotzdem passen die sozialistischen Betriebe ihre Produktionspläne uneingeschränkt und eigenständig an die Nachfrage auf dem Markt an, ohne jede Einmischung des Staates in diesem Bereich.

Im sozialistischen Globalzuteilungssystem stehen aus dem "großen Topf des Volkes" für jeden sozialistischen Betrieb in jeder Situation hinreichende finanzielle Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne zur Verfügung. Damit können Massenbankrotte und Massenarbeitslosigkeit zu jeder Zeit in jeder Situation verhindert werden. In der Praxis der DDR-Wirtschaft

beispielsweise hat sich gezeigt, daß Massenarbeitslosigkeit bereits auf der Grundlage des damals praktizierten Klein-Klein-Zuteilungssystems tatsächlich zu jeder Zeit verhindert werden konnte. Und wie hätte sich die Arbeitsproduktivität in der DDR entwickelt, wenn autonome sozialistische Kombinate konstituiert worden wären, die ihre Produktionspläne konsequent an die Nachfrage auf dem Markt angepaßt hätten, und die ihre Betriebe nur für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und für schnelle Anpassungen der Produktion an die Nachfrage belohnt hätten?

Indem die Produktionspläne der sozialistischen Betriebe schnellstmöglich an die Nachfrage auf dem Markt angepaßt werden, kann die Selbstregulation durch die Marktmechanismen mindestens ebensogut wie im kapitalistischen System genutzt werden, und trotzdem kann der sozialistische Staat, im Gegensatz zum bürgerlichen Staat, die monetären Rahmenbedingungen in hervorragender Weise beeinflussen. Es wird eine überaus vorteilhafte Symbiose zwischen Markt- und Planwirtschaft möglich. Der Staat kann in diesem System das Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktion im Geldmaß (deren Betrag in der Sozialwirtschaft durch die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit bestimmt wird), sowie die Gesamtarbeitszeit planmäßig gestalten. In reichen Ländern kann im Interesse des Umweltschutzes und der nachhaltigen Produktion Langsamwachstum geplant werden, indem die Arbeitszeit pro Kopf entsprechend verkürzt wird. Arbeitslosigkeit kann im Zuteilungssystem, wie gesagt, prinzipiell nicht entstehen. Und auf Grundlage des Langsamwachstums verliert der Kampf der Umweltschützer seine Aussichtslosigkeit in Bezug auf den Schutz des globalen Ökosystems als Ganzes.

Die Güter- und Geldzirkulation verändert sich im sozialistischen Globalzuteilungssystem grundsätzlich und überaus vorteilhaft im Vergleich



zur kapitalistischen Warenzirkulation. In **ABB1** wurden die Güter- und Geldflüsse in einer geschlossenen sozialistischen Volkswirtschaft mit Sektorendifferenzierung modelliert (der Sektor private Haushalte muß unbedingt mitbetrachtet werden).

Die volkswirtschaftliche Zentrale Z teilt dem sozialistischen Unternehmenssektor US die Globalsumme A_{zu}^{Z-US} zu, und der Staatssektor ST,

einschließlich soziale Sicherungssysteme, erhält die Globalzuteilung A_{Zu}^{Z-ST} . Die Sektoren US und ST realisieren damit die Einnahmen E_{Zu}^{US} und E_{Zu}^{ST} . Der Unternehmenssektor US kauft mit dem zugeteilten Geld Produktionsmittel K_C^{US} und zahlt dafür die Summe A_C^{US} , die durch die verkaufenden Unternehmen auf Konten der Volkswirtschaftszentrale Z gutgeschrieben wird, d.h. mit dem Kauf der Produktionsmittel durch den Unternehmenssektor und die zugehörigen Zahlungen fließt der erste Teil der Zuteilungen als Teil der Einnahmen E^Z zur Zentrale Z zurück. Einen anderen Teil der empfangenen Zuteilung zahlen die Unternehmen als Löhne und Gehälter A_V^{US} an die privaten Haushalte. Damit fließen den privaten Haushalten die Geldeinnahmen E_V^{HS-US} zu. Außerdem erhalten die privaten Haushalte vom Staat bzw. von den sozialen Sicherungssystemen die Sozialeinkommen E_S^{HS} sowie die Löhne und Gehälter für die im Staatssektor beschäftigten Arbeitskräfte E_V^{HS-ST} . Mit einem Teil oder den Gesamteinnahmen $E_V^{HS-US} + E_V^{HS-ST} + E_S^{HS}$ kaufen die privaten Haushalte die Konsumtionsmittel K_n^{HS} und zahlen dafür die Geldsumme A_n^{HS} , so daß ein weiterer Teil der Zuteilungen zur Zentrale Z als Teil der Gesamteinnahmen E^Z zurückfließt. Von den Gesamteinnahmen des Staatssektors E_{Zu}^{ST} wurden A_V^{ST} für Löhne und Gehälter an die privaten Haushalte gezahlt, und A_S^{ST} hat der Sektor ST für Sozialeinkommen verausgabt. Wenn die Geldvorräte des Staatssektors die gleichen bleiben, dann stehen noch

$A_n^{ST} = E_{Zu}^{ST} - A_V^{ST} - A_S^{ST}$ für Käufe aller Art durch den Staatssektor zur Verfügung. Der Staatssektor kauft mit diesem Geld öffentliche

Konsumtionsmittel im weitesten Sinne K_n^{ST} und zahlt dafür die Geldsumme A_n^{ST} an die verkaufenden Unternehmen, die wiederum auf Konten der Zentrale Z gutgeschrieben wird. Damit fließen die restlichen Zuteilungen an die Zentrale Z zurück, vorausgesetzt, es treten keine Zirkulationsstörungen auf.

Stellt die Volkswirtschaftszentrale eine Überproduktion bzw. ein allgemeines Gesamtüberangebot fest, welches sich in massenhaft überfüllten Erzeugnislagern und Absatzstockungen äußert, dann sind Gegenmaßnahmen in der Sozialwirtschaft bzw. im Globalzuteilungssystem kein Problem. Teilt die Zentrale Z an die Sektoren oder einen der Sektoren zum Beispiel größere Geldmengen zu, dann führt dies nicht, wie im kapitalistischen System, zu einem Preisauftrieb. Die sozialistischen Unternehmen dürfen die Preise ihrer Produkte, wie gesagt, prinzipiell nur dann ändern, wenn sich die Stückkosten ändern, oder wenn der Staat einen anderen Aufschlagsatz st' auf die Kosten vorgibt. Damit führen Stärkungen der Nachfrage im Verhältnis zum Angebot nicht zu steigenden Preisen bzw. nicht zu inflationären Entwicklungen. Die monetäre volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage kann daher beliebig gestärkt werden, ohne daß das Gesamtangebot steigt. Im System der Preisbildung der Warenmärkte ist dies hingegen unmöglich, weil die Preise steigen, wenn die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot steigt. Die auf den ersten Blick absurde Preisbildung durch die individuellen betrieblichen Kosten und die anteiligen öffentlichen Kosten erweist sich auch in dieser Hinsicht als überaus vorteilhaft. Die Regelung der Zirkulationsprozesse durch den Staat wird dadurch überhaupt erst möglich. Im Manuskript "Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft" wurde diese Regelmethode ausführlich beschrieben.